

Hans-Michael Körner: Staat und Kirche in Bayern 1886–1918 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Band 20). Mainz (Matthias Grünewald) 1977. XXVIII, 212 S., brosch., DM 58.–

Der stattliche Band ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die von Dieter Albrecht an der Universität Regensburg betreut wurde. Erstmals wird darin das Verhältnis von Staat und Kirche, die Kirchenpolitik im Königreich Bayern unter dem Prinzregenten Luitpold und König Ludwig III. in einer aus den Quellen geschöpften zusammenfassenden Darstellung untersucht. Auf dem Hintergrund des älteren bayerischen Staatskirchentums, seit der Zeit Montgelas', des Konkordats von 1817 und der Verfassung des folgenden Jahres mit den Religionsgesetzen, bildet die Spätphase der „Ära Lutz“ den ersten Hauptteil (1886–1890). Der bayerischen Kulturkampf hatte seine besondere Note getragen. Nun vollzog sich der allmähliche Übergang von der kulturkampfbedingten Konfrontation zu wachsender Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten, hin zur Zusammenarbeit. Die ganze Spätphase der Monarchie in Bayern ist von dem Prozeß der Normalisierung und Annäherung zwischen Staat und Kirche merklich geprägt. Prinzregent Luitpold und Ludwig III., die Regierung, die römische Kurie mit ihrem Nuntius in München, der Episkopat und die Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag waren an diesem Prozeß, jeweils unterschiedlich, beteiligt. Die Annäherung vollzog sich in der für Bayern typischen Spannung zwischen liberaler Regierung und konservativer Landtagsmehrheit, seit der Jahrhundertwende zunehmend im Rahmen einer Sammlungstaktik, die auch in der Reichspolitik deutlich wurde, welche Zentrumspartei und katholische Kirche als verlässige Stützen einer monarchisch-konservativen Gesellschaftsordnung betrachtete. Unter dem Ministerpräsidenten Georg Grafen von Hertling (1912–1917) erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Die weiteren Abschnitte behandeln das königliche Plaket nach 1890, besonders im Fall des Münchener „modernistischen“ Theologieprofessors Joseph Schnitzer (wozu neuerdings die Arbeiten Norbert Trippens heranzuziehen sind), die Auseinandersetzungen um die Kirchengemeindeordnung 1905–1912, das königliche Nominationsrecht für die beiden erzbischöflichen und die sechs bischöflichen Stühle, die Debatten um das Jesuitengesetz von 1890 bis zur Aufhebung 1917, die diplomatischen Beziehungen Bayerns zum Heiligen Stuhl, schließlich einzelne Problemkreise zwischen Staat und Kirche (konfessionelle Spannungen; Hertling und der politische und soziale Katholizismus 1912–1914). Nach einer trefflichen Zusammenfassung fügt der Verf. ein Verzeichnis der bayerischen Minister des Kgl. Hauses und des Äußern, des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, der Gesandten beim Hl. Stuhl sowie der Erzbischöfe und Bischöfe von 1886 bis 1918 an. Die Arbeit basiert in ihren Hauptteilen auf den Quellen staatlicher und kirchlicher Archive mit kritischer Verwendung des gedruckten Schrifttums. Eine saubere, gediegene Leistung, ein wertvoller Beitrag nicht nur zur bayerischen Staats- und Kirchengeschichte, sondern auch zu den innenpolitischen Strömungen der Epoche vor dem Weltkrieg.

München

Georg Schwaiger

Rudolf Grulich: Die unierte Kirche in Mazedonien (1856–1919) (= Das östliche Christentum, Neue Folge, Bd. 29). Würzburg (Augustinus) 1977. XX, 135 S., geb., DM 26.80.

Diese kurze und prägnante Studie ist der kaum bekannten, sehr kleinen, mit Rom unierten mazedonisch-orthodoxen Kirche gewidmet. Diese Kirche besteht heute nur noch aus fünf Gemeinden im Südosten Jugoslawiens, nahe an der jugoslawisch-griechischen Grenze, nämlich Gevgelija, Bogdanci, Strumica, Radovo und Nova Malaa. Die rund 4 500 bis 5 000 Gläubigen werden von sechs Priestern betreut. Die mazedonisch-unierten Gemeinden sind seit 1923 der unierten Diözese Križevci (Kreutz, nordöstl. von Zagreb) unterstellt, wurden 1972 dem römischen Bischof von Skopje als Apostolisches Vikariat zugeordnet, dabei aus der Diözese Križevci aber nicht ausgegliedert. Die mazedonisch-unierte Kirche wird in den gängigen konfes-

sionskundlichen Darstellungen meist übergangen; im umfassenden „Handbuch der Ostkirchenkunde“ (herausgegeben von E. v. Ivánka, J. Tyciak u. P. Wiertz, Düsseldorf 1971) ist sie wenigstens einmal erwähnt (S. 231).

Aufgrund umfangreicher Quellenstudien und zahlreicher Interviews mit Augenzeugen gibt der Autor zur Hauptsache eine Darstellung der mazedonisch-unierten Kirche von der Gründung der ersten Missionsstation der Lazaristen in Monastir (Bitola), 1856, bis zum Friedensvertrag von Neuilly-sur-Seine, 1919, in dem die Alliierten Bulgarien zwangen, einen Teil Mazedoniens an das neu geschaffene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ abzutreten. Vorangestellt ist ein erster Teil über die Situation der Christen in Mazedonien in der Mitte des 19. Jhs., in dem der Verfasser in kurzen Zügen die komplizierten politischen, kirchenpolitischen, ethnischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen umreißt und auch auf die nationale Renaissance in Mazedonien eingeht, auf Probleme also, die bis auf den heutigen Tag Gegenstände heftiger Kontroversen sind. Im zweiten Teil ist von den katholischen Unionsbemühungen unter den Mazedonen in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. die Rede. Die Lazaristen, jener 1635 von Vincent de Paul gegründete Orden, der sich vor allem der Christen in mohammedanischen Ländern annahm, hatten nach der Auflösung des Jesuitenordens in Saloniki Fuß gefaßt. 1856 erwarb der Lazarist Joseph Lepavec in Monastir ein Gebäude, richtete dort eine Kapelle und eine Missionsstation ein und gründete eine bulgarische Elementarschule. In den nächsten Jahren folgten ihm weitere Ordensangehörige. 1864 unterwarfen sich die ersten Orthodoxen der katholischen Kirche. Die erste mazedonische Stadt, in der ein großer Teil der Bevölkerung zum Katholizismus übertrat, war das 50 km nördlich von Saloniki gelegene Kukuš. Offensichtlich bestand hier ein Zusammenhang mit der nationalen und religiösen Wiedergeburt in Mazedonien (S. 44 f.). In den folgenden Jahren baten verschiedene mazedonische Dörfer um Aufnahme in die römisch-katholische Kirche bei gleichzeitigem Beibehalten des byzantinischen Ritus und der kirchenslavischen Liturgiesprache. Diese erste Unionsphase endete mit der Entführung des Apostolischen Vikars und Erzbischofs Iosif Sokolski durch die russische Diplomatie und einer mit diesem Ereignis verbundenen Verunsicherung der Gläubigen.

Die zweite Unionsphase (1874–1883) begann mit der Konversion des orthodoxen Bischofs Nil Izvorov zum Katholizismus und brachte einige Erfolge. In Kukuš waren 1 000 Häuser katholisch, wogegen nur noch 30 Familien der orthodoxen Kirche angehörten. Mehrere Dörfer in der näheren und weiteren Umgebung von Kukuš waren geschlossen katholisch. 1879 gab es 36 katholische Gemeinden in Mazedonien, ebensoviel Priester, 28 Kirchen, 25 Schulen, 3 442 katholische Häuser, d. h. etwa 15 000 Gläubige (S. 59); 1883 waren es sogar 60 unierte Dörfer mit angeblich 100 000 Gläubigen (S. 62). Einen gewissen Höhepunkt stellte die Gründung des Seminars von Zeitinlik (südl. von Saloniki) dar, das 1885 mit 43 Schülern eröffnet werden konnte. 1889 wurde außerdem die Kongregation der „Eucharistinki“ ins Leben gerufen; die Nonnen verehrten, wie schon der Name sagte, die Eucharistie in besonderer Weise, unterrichteten in Dorfschulen und widmeten sich der Krankenpflege.

Finanzielle Schwierigkeiten sowie Skandale um Bischof Lazar Mladenov (1883–1895), der schließlich seines Amtes enthoben wurde, zur Orthodoxie übertrat und viele Katholiken mit sich zog, führten die mazedonisch-unierte Kirche in eine tiefe Krise. Um die Jahrhundertwende zählte sie nur noch rund 8 000 Gläubige. Verheerend wirkten sich die Balkankriege 1912/13 aus, in denen Mazedonien ein Hauptkampfplatz war. Es wurde von Serben, Bulgaren und Griechen gleichermaßen beansprucht und schließlich in drei Teile geteilt. Die unierte Kirche wurde fast völlig vernichtet, so daß heute nur noch ein kleiner Rest existiert.

Wie problematisch diese Unionsbestrebungen grundsätzlich waren, wird einem bei der Lektüre des Buches von Grulich deutlich bewußt (vgl. z. B. S. 38 f., 40, 43 u. ö.). Der Verfasser zeigt in seiner informativen Darstellung die Gründe und Motive auf, die zur Entstehung der unierten Kirche Mazedoniens führten und be-

schreibt schließlich, wie und warum den Unionsbestrebungen kein dauerhafter Erfolg beschieden war. Das Ziel der Lazaristen, alle Orthodoxen Mazedoniens in die Kirchengemeinschaft mit Rom zu führen, wurde nicht erreicht. Die Errichtung von Schulen, Kranken- und Waisenhäusern war aber für die mazedonische Bevölkerung, nicht zuletzt in den Balkankriegen und im Ersten Weltkrieg, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

*Erlangen*

*Erich Bryner*

Sophie Olszawska-Skowrońska: *Les accords de Vienne et de Rome entre le Saint-Siège et la Russie 1880-1882* (= *Miscellanea Historiae Pontificiae* 43). Rom (Università Gregoriana Editrice) 1977. XXII u. 556 S.

Nach dem mißglückten polnischen Aufstand 1863/64 begann im russischen Reich eine neue Phase harter Bedrückung der Katholiken, verbunden mit scharfen Maßnahmen der Russifizierung. Am 26. Juli 1877 richtete Kardinalstaatssekretär Giovanni Simeoni an den russischen Kanzler, Fürsten Gortschakow, ein Memorandum, das fünfzehn Beschwerdepunkte über die Bedrückung der katholischen Kirche im Zarenreich enthielt (*Principales injustices dont souffre l'Église catholique en Russie et en Pologne*). Dieses Memorandum wurde am 8. August vom russischen Agenten, Fürsten Urusow, an den Heiligen Stuhl zurückgeschickt. Diese Annahmeverweigerung und ihre Folgen – die „Affäre Urusow“ – brachten die schlechten Beziehungen zwischen Rußland und dem Heiligen Stuhl auf einen neuen, langdauernden Tiefpunkt. In neuen Kontaktversuchen wurden in St. Petersburg die Ziele der russischen Religionspolitik enthüllt: 1. Das Prinzip, die russische Sprache pflichtmäßig in die den Kult ergänzenden Handlungen einzuführen (vor allem Predigt und Religionsunterricht); 2. Ersetzung der polnischen Bischöfe auch in den Westprovinzen durch andere Slawen. In der trostlosen Situation bemühte sich Leo XIII. von Anfang an um eine Verbesserung der Beziehungen. Diese Absicht brachte er bereits in der Anzeige seiner Thronbesteigung an den „Allerhöchsten Kaiser und König“ Alexander II. zum Ausdruck. Seit Dezember 1878 wurden über die beiden genannten Punkte zweiseitige Gespräche in Wien geführt, zwischen dem Wiener Nuntius Ludovico Jacobini und dem russischen Botschafter Novikov – zwei Männer von hoher Kultur und bemerkenswerter diplomatischer Geschicklichkeit. Aus diesen Gesprächen wurden bald offizielle Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und St. Petersburg, niedergelegt in einer umfangreichen Korrespondenz. Leo XIII. und Kaiser Alexander II. griffen durch persönliche Entscheidungen in den Gang der Verhandlungen ein. Die Hauptanliegen von seiten des Vatikans betrafen: Besetzung der Bischofsstühle; kanonische Ordnung in den Diözesen Wilna und Minsk (Entfernung der „eingedrungenen“ Vikare); Wiederherstellung der bischöflichen Autorität über die Seminare; Gewährung der notwendigen Mittel an die Bischöfe, um religiöse Erziehung und katholischen Religionsunterricht an Volksschulen und Gymnasien zu gewährleisten; Aufhebung der gesetzlichen Behinderung der Seelsorgepriester; volle Unterstellung auch der (katholischen) kirchlichen Akademie in St. Petersburg unter bischöfliche Autorität, wie der Diözesanseminare; Wiederherstellung der aufgelösten katholischen Pfarreien.

Im März 1880 wurde Botschafter Novikov durch den Katholiken Oubril ersetzt, dem aber, mit deutlicher Akzentuierung, bald ein Spezial-Beauftragter aus St. Petersburg beigegeben wurde. Die sehr schwierigen neuen Verhandlungen (seit 12. April) führten am 19./31. Oktober 1880 zu einer Präliminar-Übereinkunft in Wien, unterzeichnet von Botschafter P. d'Oubril und Kardinal Jacobini (dieser Text mit dem zugehörigen Protokoll, Nr. 156 und 157, fehlt bei A. Mercati, *Raccolta di Concordati su materie ecclesiastiche tra la Santa Sede e le Autorità civili, I, Città del Vaticano* 1954). Eine tatsächliche Lösung der anstehenden Probleme brachte dieses Provisorium nicht. Es waren aber die vierzehn Anliegen von beiden Seiten schriftlich festgehalten. Außerdem war vorgesehen, daß die Verhandlungen in Rom weitergeführt werden sollten, da Jacobini nun anstelle Nina's vom Papst als Staatssekretär bestellt wurde. Die Ermordung Alexanders II. (13. März 1881)